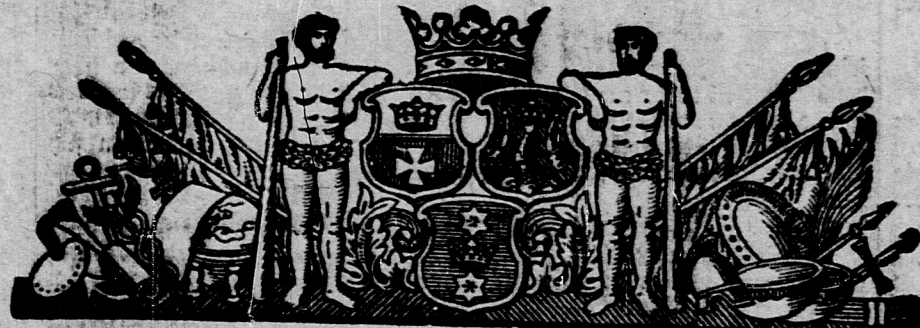


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Kenner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile über deren Raum 50 Pfg. für Lufttrage außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Selegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postsch.-Nummer: 141, Königsberg.

Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelstraße 7. (Lizenz 6202/3.)

Der Friede und die Tiroler Frage.

Münchner Kämpfe. — Belgische Unzufriedenheit. — Wegnahme der deutschen Kabel? — Budapests Verteidigung. Spartakistlich-polnischer Streik in Oberschlesien. — Zur Lage der deutschen Kriegsgefangenen. — Mackensens Heimkehr verweigert. — Gegen die Polengefahr.

Unser Programm.

Der Entwurf des Parteiprogramms, den die deutsche Demokratie beim Parteitag in Kassel vom 29. bis 31. Mai zu beraten haben wird, gibt in großen Zügen die gute Richtschnur für eine ausföhrliche Mitarbeit aller Staatsbürger an Deutschlands Wiederaufbau innerhalb des Rahmens der neuen Verhältnisse im freien Volksstaat.

Die Einleitung betont den deutschen und den demokratischen Grundzug unserer Parteigemeinschaft. Die Deutsche demokratische Partei bekennt sich zu einem Deutschtum des Rechtsgebaltens und des Völkungswillens. Jene echte Vaterlandsliebe bekundet sich darin, die dem freien deutschen Bürgertum stets heilig war: keine Unterdrückungsabsicht gegen andere Völker, wohl aber der feste Glaube an Deutschlands Gleichberechtigung und an alles Gute im deutschen Wesen, ungebrochen durch den unglücklichen Krieg und durch die bösen Begleiterscheinungen der großen Umwälzung, in der wir stehen. Gerade, damit wir nicht durch den Begriff der Demokratie dahin erklärt, daß innerhalb der Volksherrschaft die freie Selbstverwaltung dem Geist freiwilliger Unterordnung zum Vorkommen des Allgemeinwohls in sich tragen muß. Freiheit ist nicht schrankenlose Willkür des Einzelnen und noch viel weniger gewalttätig angemaßtes Vorrecht der Mehrheiten, vielmehr der klare Mehrheitswille nach Ordnung und Recht.

Diese leitenden Gedanken sind nun in den Absätzen, in die sich das Programm gliedert, auf alle praktischen politischen Fragen der Gegenwart angewandt. Das klare Bekenntnis zur deutschen Republik und zum Einheitsstaat, ungeachtet der selbstverständlichen Wahrung geschichtlich gewordenen Stammesbesonderheit, wird ergänzt durch die Forderung des Schutzes für fremdsprachliche Minderheiten innerhalb des Reichs. Mit Recht wird zugleich für die Lage der Friedensverhandlungen und für den zukünftigen Völkerverbund hervorgehoben, daß Deutschland nicht verstümmelt werden darf, und daß Gebietsabtretungen ohne freie Volksabstimmung ebenso wenig wie der Raub an Deutschlands überseeischem Besitz jemals von der Deutschen demokratischen Partei widerstandlos hingenommen werden können.

Wo von der Gleichheit der bürgerlichen Rechte innerhalb der Republik die Rede ist, braucht vielleicht nicht einmal ausdrücklich gesagt zu werden, daß dabei Unterschiede nach Geschlecht, Stand, Klasse, Beruf oder Religion hinfällig sind. Der Begriff der Gleichheit aller Bürger schließt irgendwelche Minderberechtigungen von selbst aus. Auch spricht das Programm an anderer Stelle beim Punkt der Rechtsfragen ohnehin nochmals von der Gleichstellung der Geschlechter und ebenso bei Kirchenfragen von der Freiheit aller Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen.

In den Beziehungen zum Ausland bezieht sich das Programm in seinen kurzen Sätzen, soweit der Völkerverbund in Betracht kommt, mit der dem Völkerverbund überreichten deutschen Regierungsvorlage. Die Freiheit der Meere und das deutsche Wirtschaftsleben in den Kolonien ebenso wie der Schutz der Auslandsdeutschen wird eigens unterstrichen.

Für die Beamten will das Programm vollumfängliche, besonders auch für den freien Aufstieg der Tüchtigen bis zu den höchsten Stellen. Das deutsche Volkstheater soll auch in Zukunft auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhen. Ständische Vorrechte in der Führung fallen fort. Manneszucht und gegenseitiges Vertrauen sollen dem Heer Festigkeit und Schlagfertigkeit geben.

In Kulturfragen alle Freiheit. Einheitsliches Volksschulwesen und Raum für die Begabungen.

Das wirtschaftliche Programm wird auf dem Kasseler Parteitag voraussichtlich am lebhaftesten umstritten werden. Der Entwurf der Parteileitung hält mit Recht grundsätzlich am Privateigentum und am Unternehmungsgeist fest. Sozialisiert soll nur werden, was bereits monopolisiert war, oder was bei der Umwandlung wirtschaftliche Wertsteigerungen in Aussicht stellt. Also nicht einer Theorie zuliebe wird die Demokratie in blinder Gleichmacherei drauflossozialisieren, sondern es darf nur mit verständiger Auswahl und immer nur da, wo volkswirtschaftliche Vorteile winken, allmählich bergesellschaftet werden. Das ist ein guter demokratischer Geist, der schon an sich durch die Zusammenlegung der Mehrheit der Partei gegeben ist, und den überdies die gegenwärtige wirtschaftliche Lage erst recht notwendig macht. Im Steuerwesen kommt die Partei den weitestgehenden Volkswünschen entgegen. Kriegsgewinne sollen scharf herangezogen werden. Auch eine Abgabe vom Vermögen wird gebilligt und die Erbschaftsteuer verschärft. Bei allen Steuern aber Schutz der wirtschaftlich Schwachen und Begünstigung kinderreicher Haushalte. Bei der Fortführung der Sozialpolitik, die immer noch in gewissem Sinne die beste Sozialisierung ist, sollen gleichfalls alle Schutzbedürftigen besonders berücksichtigt werden. An die Bodenfrage will die Partei herangehen, ohne daß damit nun etwa einseitig die „Bodenreform“ in unser Programm aufgenommen wird. Internationalem Arbeiterschutz verlagert sich das Programm ebenfalls nicht. In klarer Weise spricht der Entwurf sich sodann zur Rätefrage aus: wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Ange-

stellten, auch Verständnis für die Erfordernisse der Angestelltenchaft, die sich nicht auf die zahlenmäßige Masse stützen kann. Dagegen keine politischen Befugnisse für die Räte, weil sonst die demokratische Grundlage des Volkstums ins Schwanken käme. Die politische Gesetzgebung untersteht der Volksvertretung, und wenn in wirtschaftlichen Fragen den Betriebsräten in ihren zusammengefaßten Organisationen Antragsrecht verliehen wird, so liegt sogar schon darin beinahe die Gefahr einer übertriebenen politischen Geschäftigkeit und Verwirrung.

Mit großer Genugtuung werden viele Parteimitglieder es empfinden, daß im Programm auch die Angelegenheiten des Mittelstandes, des Handwerks und des Kleinhandels, ebenso wie zuletzt, aber nicht zumind. die der Landwirtschaft mit Entschiedenheit wahrgenommen werden. Die wirtschaftliche Unterstützung der Kleinbetriebe in allen Erwerbszweigen wird ein praktischer Segen werden, der vielfach von besseren Wirkungen begleitet sein kann als bloße großzügige Umgehaltungsgebanten, deren Erfolge in der Wirklichkeit noch unangesehnt sind.

Wir hoffen, daß sich nun in allen Parteiverbänden eine rege Aussprache über das Programm herausbilden wird, und daß dann die Vertreter der Partei auf der Kasseler Tagung eine endgültige Fassung des Parteiprogramms finden werden, von der die Deutsche Demokratie und Gesamtdeutschland Nutzen und Förderung erfahren. Gerade bei den getrennten Strömungen, denen der neue deutsche Volksstaat ausgeht, ist eine Partei in der Mitte, die vor allen Dingen einmal haltbares schaffen will, in vollem Verständnis für das Wesen der neuen Zeit und für jeden Zukunftsgeanken, die wahre Zuflucht aller Volkstreuere, die wieder zu einem geordneten Gemeinschaftsleben in Deutschland kommen wollen. Die Demokratie kann zeitweise einen schweren Stand haben, auf die Dauer aber bedeutet sie dennoch den allein möglichen und richtigen Weg.

auf den Anstich an das Deutsche Reich unter der Bedingung darauf verzichten zu sollen, daß Deutsch-Südtirol bei Deutsch-Osterr. verbleibe. Wohl aber besteht zwischen der Frage des Zusammenschlusses mit Deutschland und der Frage Deutsch-Südtirol ein anderer Zusammenhang. Wenn Deutsch-Südtirol an Italien fällt, bleibt von Tirol nur ein schmaler Streifen übrig, der dann ganz unvermeidlich unmittelbar an das Deutsche Reich fallen müßte. Deutsch-Osterr. würde daher nicht nur Deutsch-Südtirol, sondern ganz Tirol verlieren. Es wäre abermals eines seiner Länder beraubt und würde auch im Westen nicht mehr an die neutrale Schweiz, sondern an das Deutsche Reich grenzen. Damit wäre die Fähigkeit Deutsch-Osterr., als selbständiger Staat zu bestehen, abermals wesentlich beeinträchtigt. Deutsch-Osterr. wäre in noch höherem Maße als bisher zum Anstich an das Deutsche Reich gezwungen.

Wien, 3. Mai. (Kor.-Bur.) Der Kabinettsrat beriet gestern in mehrstündiger Sitzung eingehend die Frage Deutsch-Südtirols und beschloß über Schritte, die zur Rettung dieses Landes vor der Annexion führen sollen. Außer der gemeldeten amtlichen Bekanntmachung, die durch besondere Zuschriften an die Gentenmächtige gerichtet werden soll, wurden mit der Landesregierung Tirols einzuleitende Verhandlungen und die zu treffenden Verhandlungen beschlossen. Durch die in der Denkschrift Wilsons über die Ansprüche Italiens enthaltene Bemerkung, Wilson sei persönlich einverstanden, daß Italien alle Inseln der Nordsee als Staat und damit auch nicht die Entscheidung des Friedenskongresses endgültig präjudiziert. Die Staatsregierung wird alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um Deutsch-Südtirol, diese Perle deutschen Besitzes, der Nation zu erhalten. Die Staatsregierung ist bereit, dafür auch große Opfer zu bringen. Diese Opferbereitschaft ergibt sich aus der ungeteilten Kundgebung des Kabinetts. Die Sorge ist allerdings gewachsen, daß der Versailler Kongreß immer mehr im peripheren Bereich der Welt für den Sieger, nicht nach den von Wilson verkündeten Rechtsgrundsätzen entscheidet, die die Voraussetzung für den Abschluß des Waffenstillstandes gewesen sind.

Um Deutsch-Südtirol.

Ein Wiener Kabinetts-Beschluß.

Wien, 3. Mai. (Anstich.) Der Kabinettsrat faßte in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß: Der Präsident der Vereinigten Staaten teilte dem italienischen Ministerpräsidenten mit, daß er dem Londoner Vertrag hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Italien und Deutsch-Osterr., also der Annexion Deutsch-Südtirols durch Italien zustimme. Demgegenüber erklärt die deutsch-österreichische Regierung:

1. Die Mitteilung des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist unvereinbar mit jenen demokratischen Grundsätzen, die der Präsident während des Krieges öffentlich verkündete und auf Grund deren der Kampf eingeleitet und der Waffenstillstand geschlossen wurde. Der Waffenstillstand wurde geschlossen auf Grund der Grundzüge des Präsidenten, die in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 enthalten sind. Durch den Notenwechsel, der anläßlich des Abschlusses des Waffenstillstandes erfolgte, wurde zwar Punkt 10 der 14 Punkte des Präsidenten abgeändert, aber nicht Punkt 9, der erklärt, daß die Grenzen Italiens nach den klar erkennbaren Linien der Nationalität festgesetzt werden sollen.

2. Das Königreich Italien begründet seinen Anspruch auf Deutsch-Südtirol mit rein strategischen Erwägungen. Diese Erwägungen können die Annexion rein deutschen Landes durch Italien aus zwei Gründen nicht rechtfertigen: erstens deshalb nicht, weil auch die ethnographische Grenze zwischen den Deutschen und Italienern in Tirol den strategischen Interessen Italiens vollkommen entsprechen würde; zweitens aber deshalb nicht, weil nach dem unerrückbaren Grundgesetz, den der Präsident in seiner Rede am 4. Juli 1918 ausgesprochen hat, die Entscheidung allen Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk erfolgen soll, das unmittelbar dabei betroffen ist, nicht auf der Grundlage materiellen Interesses oder Vorteiles irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht. Trotzdem aber machte die deutsch-österreichische Regierung schon vor längerer Zeit der italienischen Regierung einen Vorschlag, dessen Annahme die strategischen Bedürfnisse Italiens in weitgehendem Maße befriedigen würde, ohne daß darum Deutsch-Südtirol der italienischen Fremdherrschaft ausgeliefert werden müßte. Die deutsch-österreichische Regierung schlug der italienischen Regierung vor, daß Deutsch-Südtirol zwar staatsrechtlich und wirtschaftlich ein Bestandteil Deutsch-Osterr. bleiben, militärisch aber in solcher Weise neutralisiert werden sollte, daß die strategischen Interessen Italiens dadurch wenigstens in gleicher Weise gewahrt würden, wie durch die Annexion des Gebietes bis zum Brenner. Die deutsch-österreichische Regierung stellt fest, daß dieser sorgfältig ausgearbeitete Vorschlag vom Italien und seinem Verbündeten niemals beantwortet wurde.

3. Gegenüber den Behauptungen, daß Deutsch-Südtirol vor der ihm drohenden Fremdherrschaft gerettet werden könnte, wenn Deutsch-Osterr. auf den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich verzichtete, stellt die deutsch-österreichische Regierung fest, daß ihr niemals von irgendeiner der assoziierten Mächte der Vorschlag gemacht wurde,

Wien, 2. Mai. Anlässlich der Veröffentlichung der Denkschrift Wilsons über die italienischen Ansprüche auf die Adria stellt die Wiener Presse mit Enttäufung fest, daß ansehender Wilson der Brenner-Grenze Italiens zustimme, da der Londoner Vertrag diese vorsehe. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Der Wilsonfrieden soll nichts anderes als ein ungeheurer Luftballon sein. Die Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes war nur gut genug zur Sprengung Deutsch-Österr.-Ungarns. Das deutsche Volk soll aber von den Segnungen nationaler Einheit und Unabhängigkeit ausgeschlossen und der gewalttätigsten Anarchie überantwortet werden. Die „Neue freie Presse“ schreibt: Ein solcher Friedensvertrag würde zweifelloso Erbitterung und Entfremdung zwischen den Italienern und den Deutschen in einem solchen Maße schaffen, daß die Unruhe nicht aus der Welt schwinden könnte. Nicht laut genug könne sich das deutsche Volk dagegen bewahren.

Nottschrei von Kriegsgefangenen.

Der nachstehende Brief wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von den Angehörigen eines deutschen Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt. Der Schreiber ist von Beruf Lehrer und befindet sich seit 1915 in französischer Kriegsgefangenschaft. Während dieser Zeit ist er als Steinbrucharbeiter und in der Landwirtschaft beschäftigt worden. Der Brief lautet:

23. März 1919.

Liebe Eltern und Geschwister!

Schrieb Euch zuletzt 23. Februar, 9. März Karten, 16. März Brief. Von Euch nichts. Wir sind also an der Front in einem Kiefernwald „Sachsenlager“, nicht weit von Fontainebleau, seit 7. März. Gut geht's nicht, im vollen Gegenteil. Wir hoffen auf Erlösung mit allen Fasern unseres Herzens. Was Ihr irgend tun könnt, tut.

100 Gramm: Bohnen täglich oder 90 Gramm Reis, 20 Gramm Fett. Ober eine ganz dünne Kartoffelsuppe. Früh miserablen Kaffee. Und die 400 Gramm Brot werden durch Selbsterwerb ersetzt, 240 Gramm, die noch niemals voll sind. In unserer Not suchen wir Brenneisen, unerschöpflich, haubertstohlen, und kochen sie ohne Fett, nur mit ein wenig Salz. Andere holen sich aus der Franzosenküche die Kartoffelschalen und kochen sie, nur um den Hunger zu stillen. Eine Art Mühen Mühen finden wir: auf den Feldern. Der wird gierig gestrichelt. Es ist entsetzlich. Heute endlich, nach 16 Tagen, zahlt man ein wenig Geld aus. Auch etwas Cantine hat man gebracht. Die Preise werden sich unerschwinglich hoch sein. Aber was wollen wir tun, die wir kein Geld haben. Beleuchtung ist keine geliefert worden. Wir brennen in der Not, sonst sähen wir im Stockbrennen, Fernsprecher. Der stinkt fürchterlich. 400 Menschen sind wir hier zusammengedrängt und noch kein Stückchen Seife, Wäsche zu waschen oder gar sich selbst. Keine Waschelegenheit! Die ganze vorige Woche war mir es zweimal möglich, mir Gesicht und Hände zu waschen. Den ganzen Tag ist man draußen, selbst die Wägenkraft. Und abends beim Deckenmanieren kein Wasser, kaum daß die Krücke genug hat. Von Lieferung von Stiefeln, Schuhe gar nicht zu

Helfst mit am heutigen Opfertag für alle Kriegsgefangenen Deutschen! Helfst!